



SYLVIA LAFRANCHI-HAAS,  
VORSTANDSMITGLIED SCHWEIZERISCHE  
VEREINIGUNG PRO LIBERTÄTE, BERN  
E-Mail: sylvialafranchi@bluewin.ch

## Zäme läbe – zäme schtimme

Mit diesem Initiativmotto will man im Kanton Bern das Ausländerstimmrecht einführen.

Wieso wollen Ausländer immer mehr helvetische Rechte, aber vor den Pflichten (Militärdienst usw.) scheuen sie sich?

Ich befürchte, dass bei der Einführung des Ausländerstimmrechts die Stimmen lumpigisiert würden. Die meisten Ausländer, die ich kenne, können auch nach Jahren kaum deutsch, wie wollen diese Abstimmungsunterlagen verstehen? Würden dann Linke dabei helfen, nach dem Motto: «zäme läbe – zäme usfüllä».

Wenn sich ein Ausländer wirklich derart für unser Land interessiert, soll er sich einbürgern lassen und seine frühere Nationalität aufgeben. In der Schweiz bestimmen die Schweizer und daher rufe ich schweizweit zu einem klaren **NEIN** zum Ausländerstimmrecht auf, solange man das noch frei sagen darf!

Ein Interview mit Rechtsanwalt und Buchautor Stephen P. Halbrook (2. Teil)

## «Die Schweiz ist ein Sonderfall»



Bild: zvg

**In den USA ist der freie Waffenbesitz durch den zweiten Verfassungszusatz garantiert. Inwiefern ist zu befürchten, dass der jetzige demokratische Präsident Barack Obama dieses Recht beschneidet?**

St. H.: Als Senator im Staate Illinois unterstützte Obama die radikalste Vorlage zur Reglementierung des Waffenbesitzes: Ein Verbot des freien Erwerbs von halbautomatischen Schusswaffen. Als er populärer wurde und nachdem sich abzeichnete, dass er die Präsidentschaftswahl gewinnen würde, wurden in den USA mehr Waffen und Munition als je zuvor verkauft. Ein wahrer Kaufrausch, da die Menschen – zu Recht – Angst haben vor einer Einschränkung ihres Rechts auf freien Waffenbesitz.

Allerdings sind die Möglichkeiten von Obama beschränkt. Die Demokraten wissen, dass sie die Wahlen verlieren, wenn sie das Recht auf freien Waffenbesitz einschränken. Clinton drückte in seiner ersten Amtszeit eine Einschränkung durch. 1994

verloren dann die Demokraten die Parlamentsmehrheit an die Republikaner. Die NRA hat viel Einfluss und war massgeblich an diesem Wechsel im Parlament beteiligt.

**Auch in der Schweiz wird das traditionell freiheitliche Waffenrecht immer mehr eingeschränkt. Welche Tipps können Sie den Schweizer Schützengesellschaften geben?**

St. H.: Das Wichtigste ist, politischen Einfluss auszuüben. Die Schützen müssen sich organisieren. Man muss hart arbeiten und insbesondere auch jüngere Mitglieder gewinnen. In den USA gibt es mit der NRA eine starke Organisation, welche die Kräfte bündelt und die Politik beeinflusst.

### In dieser Ausgabe

- 2 Der Agent, der aus dem «Paradies» kam...
- 3 Radio Farda: Freiheit für den Iran!
- 4 Die Schweiz: Eine Insel der Glückseligen  
Bald wieder ein linkspopulistisches Fernsehen?
- 5 Club Helvetique oder der Club der verbrannten Seelen
- 6 Das neue Guisan-Denkmal in Warschau  
Für eine glaubwürdige Milizarmee, die sich auf die Landesverteidigung konzentriert
- 8 Schlusspunkt



In gewisser Hinsicht ist aber die Ausgangslage zur Verteidigung des freiheitlichen Waffenrechtes in der Schweiz besser. Namentlich aufgrund der Schweizer Milizarmee – einer Institution, welche von der Regierung nach wie vor nicht in Frage gestellt wird: Jedem jungen Mann wird zu Beginn des Militärdienstes ein Gewehr in die Hand gedrückt. Man lernt einen natürlichen Umgang mit Waffen. Die Institution Milizarmee führt zu einem unverkrampften Verhältnis von Waffen und Volk.

### **Worin liegt Ihrer Ansicht nach der weitverbreitete Wunsch vieler Politiker nach zusätzlichen Waffenkontrollen begründet?**

St. H.: Letztlich geht es um den Wunsch der herrschenden Klasse, die Menschen kontrollieren zu können. Der freie Waffenbesitz ist eine durch und durch demokratische Idee. Das Recht auf freien Waffenbesitz steht in der US-Verfassung nicht zufällig direkt hinter dem ersten Zusatzartikel, welcher die freie Rede garantiert. Freier Waffenbesitz, freie Rede und freies Stimmrecht sind die Eckpfeiler der Demokratie. Die Menschen einzuschränken und ihnen die Waffen wegzunehmen, bedeutet, sie zu kontrollieren. Das ebnet den Weg zur Tyrannei.

### **Welche Tragweite hat der 2. Verfassungszusatz heute noch konkret?**

St. H.: Eine Waffe zu haben bedeutet, sich schützen und wehren zu können. Im amerikanischen Militär-

stützpunkt Fort Hood wurden sogar die eigenen Soldaten entwaffnet. Ein Soldat, welcher sich dem radikalen Islamismus verschrieben hatte, schmuggelte illegal Waffen ein und lief anschliessend Amok – die übrigen, sich regelkonform verhaltenden Soldaten waren wehrlos. Ein anderes Beispiel ist das Deutschland der 30er Jahre: Noch zu den Zeiten der Weimarer Republik wurden Waffenregister erstellt aus Angst, die Waffen könnten in die falschen Hände geraten. Als dann die Nazis die Macht ergriffen, dienten ihnen diese Register zur Entwaffnung der Regimegegner und der Juden. Diese Entwaffnung der Juden hat nicht zuletzt auch den Holocaust mit ermöglicht.

### **Als US-Amerikaner haben Sie Gelegenheit, die Schweiz von einer**

### **Aussensicht zu betrachten. Was geben Sie unserem Land über sechzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg für die Zukunft mit auf den Weg?**

St. H.: Die Schweiz ist ein Sonderfall: Die Ablehnung gegenüber staatlichem Dirigismus und Zentralismus; das freiheitliche Waffenrecht; der Föderalismus und die lokale Kontrolle; die ausgedehnte Möglichkeit, Volksabstimmungen abzuhalten. Ohne diese Merkmale wäre die Schweiz einfach so wie alle anderen EU-Staaten. Die Schweiz muss Sorge tragen zu ihren Werten.

<sup>1</sup> Die USA kennen traditionell zwei grosse Parteien. Die linksliberal politisierenden Demokraten und die bürgerlich-konservativ eingestellten Republikaner.

## **Eine willkommene Abwechslung zum Bergier-Bericht**

Das neue Werk **«Schweizer Widerstand gegen Nazi-Deutschland»** von Stephen P. Halbrook ist Pflichtlektüre für all diejenigen, welche an einem realistischen Einblick in die Bedrohungslage der Schweiz im 2. Weltkrieg interessiert sind und sich nicht mit den einseitigen Schuldvorwürfen der Bergier-Literatur zufrieden geben. Im Buch kommen Zeitzeugen ausführlich zu Wort. Ebenso werden die Angriffspläne der Nazis eingehend beleuchtet. Der Leser erkennt, dass die Bedrohung unseres Landes real und allgegenwärtig war. Trotz der Ausführlichkeit der geschilderten Facetten bleibt das Buch mit einem Umfang von 288 Seiten leserlich gestaltet.

Vorwort von Carlo S. F. Jagmetti, Herausgeber Roland Haudenschild, © 2010 Verlag Merker im Effingerhof, 5600 Lenzburg  
ISBN 978-3-85648-101-8

**Bestellatalon letzte Seite oder unter [www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)**

## **Der Agent, der aus dem «Paradies» kam...**

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,  
KÖNIGSWINTER/BONN

Unter den vielen Flüchtlingen aus Nordkorea befinden sich immer wieder auch bisherige Träger der Diktatur, hohe Parteifunktionäre, Armee-Offiziere und Geheimdienst-Mitglieder. Zumeist tauchen sie spurlos irgendwo in der Welt unter, um Mordanschlägen Pjöngjangs zu entgehen und auch um Rache an zurückgebliebenen Angehörigen zu vermeiden. Jetzt aber hat ein solcher sein Schweigen gebrochen und in einem Buch äusserst interessante Details dargelegt.

Einmal ist es die recht plastische Schilderung, wie ein junger Nordkoreaner mit seinen Idealen durch die allumfassende Staatspropaganda – andere Informationen gibt

es nicht – zu einem überzeugten, fanatischen Anhänger der Diktatur wird. Bietet sie ihm doch vieles, wenn auch nur vordergründig: Die Zeiten der japanischen Okkupation mit ständiger Hungersnot sind – vorläufig – vorüber und die leibeigenen Bauern Koreas erhalten erstmals – vorübergehend – eigenen Grund und Boden. Seine Loyalität zur Partei und zum Staat sowie sein Lerneifer bringen ihn in seiner Ausbildung beträchtlich vorwärts. Selbst als er in der DDR studieren darf, denkt er keine Minute an eine Flucht in den Westen. Dass von den einst 22 kommunistischen Führern seiner «Demokratischen Volksrepublik Korea» 14 in Schauprozessen und durch Mordanschläge verschwinden, erfährt er «natürlich» nicht. Die Mängel im volksdemokratischen Alltag werden

als «nur vorübergehend» hingestellt und jegliche Schuld an allen Negativen den «US-Gangstern» zugeschoben. Zu einzelnen Ungerechtigkeiten meint er nur, «Das muss eben sein» – um jenes «Paradies» in seinem Lande möglichst schnell zu erreichen. Diese systematische politisch-seelische Vergiftung (das gleiche wie in der «Hitler-Jugend» in der Nazizeit und der «Freien Deutschen Jugend» in der DDR) hat ihren Höhepunkt im gottähnlichen Götzenkult um den Diktator Kim Il-sung und seinen jetzigen Nachfolger und Sohn Kim Jong-il, die als Super-Genius und Vorbild in allen Lebensfragen hingestellt werden und deren Anweisungen stets widerspruchslos zu befolgen sind.

Der partei-treuergebene junge Nordkoreaner, bald Mitglied der Partei



Bild: zvg

■ Der Verfasser (rechts) im Gespräch mit der Schweizer Neutralitätskommission in Panmunjom (rechts davon ein Südkoreaner; im Hintergrund bereits Nordkorea). ■■

und höherer Offizier der «Volksbefreiungsarmee», wird zum geheimen «Projekt 63» befohlen, das allein die Aufgabe hat, die Prunkvilla des Diktators zu pflegen, sichere Belüftungssperrventile in unterirdische Bunker einzubauen und seine Staatskarosserie auf Hochglanz zu halten – die in West-Deutschland gekauft wurde. Ist das doch ein Widerspruch, wenn die Propaganda alles Westliche als «Dekadenz» verachtet und andererseits eigene Auto-Typen als «die besten der Welt» hochjubelt. Da kommen erste Zweifel auf; dass diese, falls er sie

öffentlich äussert, langjährige Strafen im KZ bedeuten, weiss er inzwischen. Er merkt auch: Überall im Lande stehen Statuen und Denkmäler der beiden Kims, nachts hell von Scheinwerfern angestrahlt, auch wenn die gesamte «Demokratische Volksrepublik» angesichts ihrer ständigen Energieknappheit im Dunkel versinkt. Doch er wird weiterhin als «linientreu» bewertet und eines Tages sogar in das legendäre «Büro 39» beordert: Dieses soll einmal in Wien illegal Embargo-Güter für die Aufrüstung Nord-Koreas beschaffen. Vier Fünftel der Aufträge

aber, die er während seiner insgesamt 20-jährigen Tätigkeit in Europa zu erfüllen hatte, betrafen die Familie der beiden Kims und deren Umfeld: Es waren Teppiche, Seidentapeten, exquisite Möbel, teuerster Kognac bis hin zu schnellen Sportwagen. All das geschah, während die Zwangs-Untertanen im Norden Koreas hungern! Dass mehrere Hunderttausende auch verhungerten, war für ihn das ausschlaggebende Moment, mit seinem Regime zu brechen und in den Westen überzutreten.

Weder eine geistig-politische Prägung durch Erziehung und Disziplin sowohl militärischen Drill noch soziale Privilegien und elitärer Korpsgeist bieten eine Gewähr für eine ständige Zuverlässigkeit im Sinne Pjôngjangs. Für die Dynastie Kim Jong-ils eine bedrückende Erkenntnis – wie überhaupt für jede Diktatur. Die Freiheit ist letztlich stärker!

Ingrid Steiner-Gashi und Dardan Gashi, «Im Dienst des Diktators», Ueberreuter-Verlag, Wien, 2010, S.207; Fr. 34.80 ISBN 978-38000-7450-1

## RADIO FARDA: Freiheit für den Iran!

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,  
KÖNIGSWINTER/BONN

Nahezu unbemerkt von der westlichen Öffentlichkeit, begann dieser Sender im Dezember 2002 mit seinem Programm in Farsi, der persischen Sprache. Er ist praktisch die Nachfolge der einstigen iranischen Abteilung von Radio Freies Europa und hat heute seinen Sitz in der Vinohradská Prags, von wo 40 Iraner täglich 24 Stunden lang auf Kurz- und Mittelwelle, via Internet und über Satellit in ihre Heimat senden. Die Gelder für seine Arbeit kommen vom US-Kongress, dessen Zielsetzung die freie Verbreitung von Informationen auf der gesamten Welt ist.

In der Tat: Radio Farda stellt in der jetzigen Zeit die einzige verfügbare Quelle von objektiven Nachrichten für die iranische Bevölkerung dar. Diese ist auf diesen Informations- und Kommunikationskanal dringend angewiesen, um über die Entwicklung in der Aussenwelt und gerade auch in ihrem eigenen Lande ein reales Bild zu besitzen! Zu einem Grossteil besteht das Programm des Senders aus Musik, seien es traditionell persische oder moderne westliche Musikstücke. Das wichtigste sind naturgemäss

Nachrichten zu Tagethemen, wobei die iranischen Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 und die folgenden Proteste im Lande von grosser Bedeutung waren. Die Magazin-Sendung beinhaltet kulturelle Fragen, aber auch gerade politische Probleme. Dabei spielt verständlicherweise die Frage der nuklearen Aufrüstung Teherans immer wieder eine ganz wichtige Rolle. In sachlicher Diktion wird Präsident Ahmadineschad mit seinen Worten zitiert, dass eine solche Waffen-Entwicklung vom Islam verboten sei, der dann aber von einem Atomprogramm für lediglich friedliche Zwecke spreche, um schliesslich den Besitz derartiger Bomben und Raketen für die Konsolidierung von Frieden und Sicherheit des Irans für unbedingt notwendig hinzustellen. Ihr Einsatz wäre nur mit der Zustimmung der Regierung sowie des Militärs möglich, heisst es in der Staatspropaganda Teherans beschuldigend. Dessen Oberbefehlshaber aber ist zugleich der Präsident, verkündet Radio Farda, dessen mörderisches Abenteuer das Land in den Abgrund ziehe.

Wie bei jeder modernen Diktatur (man denke in der Nazizeit an die BBC und später an die westlichen

Radiostationen gegen die DDR und die UdSSR) sind derartige Ätherwellen der Freiheit dem Regime höchst unwillkommen: Etliche Störsender versuchen das Eindringen der Wahrheit in das Land zu verhindern – zumeist allerdings erfolglos. Radio Farda abzuhören, ist im heutigen Iran praktisch verboten, wenngleich es kein entsprechendes Gesetz gibt. Ein Dekret des Sicherheitsministeriums indes untersagt jeden Kontakt zum Sender. Vor zwei Monaten meldeten die Massenmedien Teherans die Verhaftung von sieben Iranern wegen ihrer Verbindung zu Prag. Dort schätzt man vorsichtig, dass heutzutage vielleicht annähernd ein Drittel der iranischen Bevölkerung ihr Programm hört. Beträchtlich jedenfalls ist das Echo von dort; allmonatlich kommen Tausende E-Mails und Telefonanrufe – angesichts der Geheimpolizei Teherans zumeist anonym. Radio Farda kann nicht allzu viel tun, um einen politischen Wandel im Lande unmittelbar zu unterstützen oder gar zu steuern. Aber es kann durch das Verkünden der Wahrheit eine allmähliche Veränderung des politischen Denkens bewirken und den Weg auch des Irans zu wahrer Freiheit und echter Demokratie ebnen helfen.

# Die Schweiz: Eine Insel der Glückseligen

4  
5



DR. RER. PUBL. HSG  
ROLANDO BURKHARD, BERN

Die politische Schweiz hat endlich wieder einmal ein wirklich schlimmes Problem geortet: Unser Staatsschutz hat Daten gesammelt. Zu viele. Die falschen, wie die Helden der parlamentarischen Oberaufsicht uns sagen. Zudem seien bei der internen Übertragung der Daten vom EDV-System ISIS zum System ISIS-NT beim Staatsschutz Fehler gemacht worden bzw. seien bei der Kontrolle Rückstände entstanden. Das mag stimmen. Doch unser glückliches Land erhebt wieder einmal ein Mikro-Problem zum Skandal. Die Linke versucht daraus eine Staatskrise zu konstruieren. Es sind Probleme, wovon andere Länder nur träumen können. Oder lachen.

Die Geschichte wiederholt sich. Ein Beispiel gefällig? Als ich vor vielen Jahren einmal auf den Philippinen weilte, nahm ich einen KW-Radioempfänger mit, um mir die Nachrichten aus der Schweiz anzuhören. Da die Nachrichten von Radio Swiss International in englischer Sprache ausgestrahlt wurden, hörten alle meine philippinischen Freunde interessiert mit, um zu erfahren, was denn die Schweiz am meisten beschäftige. Es waren damals zwei Themen, welche die Berichterstattung beherrschten: Die Fälle von Vergewaltigung in der Ehe und von sexuellen Belästigungen am Arbeitsplatz.

Nach dem Ende der Radionachrichten herrschte für eine Weile in der Runde der Zuhörer betretenes Schweigen. Dann fragte mich einer meiner Freunde schüchtern und ungläubig: «Sind das die Probleme, die Ihr in der Schweiz habt?». Ich habe mich angesichts der riesigen Probleme, welche die Philippinen damals hatten (und noch heute haben) selten so geschämt.

Wo kommst Du her? wurde ich ironisch gefragt, aus «Turich» (Zürich)? Der Name der Stadt wird «Turitsch»

ausgesprochen und leitet sich ab vom Englischen «too rich» (zu reich). Diese Frage könnten mir all meine Freunde, die weltweit wirklich echte Probleme haben, noch heute stellen. Der Unterton ist unmissverständlich. Es geht uns in der Schweiz dermassen gut, dass wir die Probleme so quasi erfinden müssen.

So auch im Zusammenhang mit der gegenwärtig zelebrierten «Fichen-affäre»: eine künstlich heraufbeschworene Krise, die keine ist. Die technischen Fehler, d.h. die Rückstände bei der Kontrolle der erhobenen Daten, lassen sich vom neuen Nachrichtendienst des Bundes problemlos beheben. So man diesem Dienst endlich das dazu nötige Personal gibt. Und wer sich darüber wundert, dass 96% der Daten auslandorientiert angelegt wurden, sollte zur Kenntnis nehmen, dass Gefahren von Terrorismus und Spionage etc. nicht von Hinterfultigen oder dem Muotatal aus kommen.

Das wirklich Schlimme an der ganzen Sache ist, dass wir in der Schweiz eigentlich echte Probleme hätten, über welche das von der sozialdemokratisch geleiteten Geschäftsprüfungsdelegation mühsam herbeigeredete Fichen-Skandalchen nicht hinwegtäuschen kann: Eine

total funktionsuntüchtige Landesregierung, ein eklatantes Defizit in der Verteidigung unserer Interessen gegenüber dem Ausland, Schuldenberge und Missbräuche in unseren Sozialversicherungen, systematisch importierte Arbeitslosigkeit und Kriminalität etc. etc. etc.

Aber nein, vergessen wir all das. Kümmern wir uns vielmehr um den Skandal, dass in unserem Staatsschutz bei der technisch bedingten Überführung der Daten vom EDV-System ISIS zum EDV-System ISIS-NT wegen Personalmangels nicht sämtliche Daten, streng gesetzeskonform, rechtzeitig einer zusätzlichen Kontrolle unterworfen werden konnten, und Ähnlichem. Wohlverstanden: Soweit wirklich Fehler begangen wurden (nur wer arbeitet, macht Fehler), sind sie selbstverständlich zu beheben. Das ist kein Problem und ist im Gange. Aber es ist kein Anlass, den Staatsschutz selber zum Problem zu erklären und dessen Kompetenzen einzuschränken (was wohl die versteckte Absicht der Linken ist). Denn sonst lachen nicht nur unsere ausländischen Freunde über uns, sondern vor allem internationale Gewalttäter, Terroristen, Spione und die weltweit tätige internationale Kriminalität.



Bild: zyg

## ... oder der Club der verbrannten Seelen



WALTER OSTERMEIER,  
REDAKTOR FÜR WWW.POLITLOG.CH,  
9479 OBERSCHAN

Es muss traurig sein, nichts zu hinterlassen oder geschaffen zu haben, an das mit Freude erinnert werden kann. Wer in seinem Leben keine Spuren hinterlässt, hat nie die Schönheit und Echtheit des Lebens gelebt.

Im Laufe der vergangenen Monate wurden wir ständig gezwungen, diese farblosen Ideen des «Club Helvétique» durch gezielte Einspielungen der Medien zur Kenntnis zu nehmen. Ideen-Formulierungen, bei denen man schon mit dem ersten Satz wusste, wie die Fort-

setzung aussehen würde. Einseitig, egoistisch und überheblich.

Die Schweiz ist zwar teils aus eigener Kraft, teils dank glücklicher Umstände der Armut entwachsen. Die Gründer des Club Helvetique können sich aus der eigenen Kindheit jedoch kaum mehr an wirklich arme Menschen erinnern und wenn, dann nur an sehr wenige Fälle. Doch es gibt da eine andere Armut. Die Armut der Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der sich nur wenige noch zu Hause fühlen. Mitglieder u.a. aus dem Club Helvetique haben die alte Gesellschaft in die Luft gesprengt, in der Familien noch zusammen hielten, und haben dabei vergessen, etwas anderes an deren Stelle zu setzen. Diese Art von Armut werden wir nie in den Griff bekommen und der Preis, den wir heute dafür bezahlen, ohne es uns darüber im Klaren zu sein, ist eine grosse gesellschaftliche Einsamkeit.

Diese Armut kann weder mit Menschenrechtsartikeln noch mit diffusen und rechthaberischen Behauptungen wie zum Beispiel «Der souveränen Verfassungs- und Rechtsstaat Schweiz und sein Zustand» bekämpft und erklärt werden. Diese Armut überwintert hinter allen Fassaden, auch wenn diese noch so gut

getarnt werden. Die Saat der 68er-Generation hat sich als nicht lebensfähig erwiesen und jetzt, wo die Zeit der flüchtigen Erfolge vorüber ist und von allen Seiten an der Wohlfahrt der Schweiz gezerrt und gebissen wird, kommt die überwinterte Armut der Gesellschaft mit ihren Familien an die Oberfläche zurück. Die erschreckende gesellschaftliche und menschliche Armut, die wir einfach nicht wahrnehmen wollten, gesät von Menschen, die sich eben gerade in diesem hilflosen «Club Helvetique – der verbrannten Seelen» zusammen geschlossen haben, will das Scheitern der 68-er verleugnen und benimmt sich so, als gäbe es diese Armut gar nicht.

Anstatt in der Niederlage Grösse zu zeigen, wollen sie nochmals einen noch grösseren Niedergang der Gesellschaft in der Schweiz herbeiführen und mit einer armselig anmutenden Rechthaberei betreffend «rechtsstaatliche, legitimierte Demokratie» auf sich aufmerksam machen. Völkerrecht und europäisches Recht haben sie sich auf ihre unkenntliche Fahne geschrieben. Sondergerichte wie jenes für Sierra Leone – Model Naomi gegen den früheren liberianischen Präsidenten Tylor – sind ihnen heilig.

Würden wir uns Zeit nehmen – was sicher eine Verschwendung wäre – die Seelen der «Club Helvetique-Mitglieder» einzusehen, würden wir ein Spiegelbild der Armut und Hilflosigkeit der heutigen kranken Gesellschaft der Schweiz erkennen. Wir brauchen keine Beratung von Menschen mit verbrannten Seelen, wir brauchen eine neue Kraft und die uns vergönnte Eigenwilligkeit zurück um wieder an die Wurzeln zu gelangen, die diesem kleinen Land einst zu ihrer Grösse verholfen haben.

Eine Hoffnung bleibt, jene, dass die Wurzeln noch nicht verdorrt sind.

Auszug aus dem Mitglieder-Register des Club Helvetique  
Josef Estermann, SP,  
Hildegard Fässler,  
SP-Nationalrätin,  
Kurt Imhof, SRG,  
Roger de Weck,  
Chef SRG, (Mitgliedschaft ruht),  
Giusep Nay, SP,  
ehem. Bundesrichter,  
Georg Kreis, FDP,  
Europainstitut Uni Basel  
Andreas Gross, SP,  
als Schattenmitglied,

## Das neue Guisandenkmal in Warschau

DR. PHIL., GROSSRAT  
JÜRGEN STÜSSI-LAUTERBURG,  
WINDISCH/AG

Fünfundzwanzig Jahre nach seinem Tode hat Henri Guisan ein neues Denkmal erhalten, in Warschau! Wenn wir uns die Frage stellen, wie ein Schweizer General zu polnischen Ehren kommen konnte, stossen wir bald auf die Veteranen der 2. Polnischen Schützendivision, deren immer noch sehr regsame Vereinigung unter dem ebenso betagten wie vitalen Włodzimierz Cieszkowski

das Memento veranlasst hat. Rund 12'000 Mann hatten 1940 unter ihrem Kommandanten Bronislaw Prugar-Ketling an der Seite der französischen Verteidiger gegen die nationalsozialistischen Invasoren in Frankreich gekämpft und wurden nach dem Zusammenbruch unseres westlichen Nachbarlandes in der Schweiz interniert. Die anstelligen, höflichen und lebensfrohen Polen waren beliebt und leisteten nützliche Arbeit, woran bis heute Wanderer selbst in seltener begangenen Winkeln der Eidgenossen-



schaft immer wieder erinnert werden, etwa beim Aufstieg zum Güner Lückli vom Safiental aus. Dass neben Arbeit und Studien auch ein militärischer Einsatz in Betracht gezogen wurde, ist mehr als nur wahrscheinlich: Nach einem jederzeit möglichen Angriff Hitlers auf die Schweiz wäre es ja verrückt ge-

wesen, die kampfwilligen Polen nicht an der Seite der schweizerischen Verteidiger antreten zu lassen und genau diese Eventualität wurde zwischen Guisan und Prugar-Ketling im Frühling 1941 in Huttwil erörtert, mit jener Diskretion, welche dem Vor-Boulevard-Zeitalter eigen war und mit jener letzten Konsequenz, welche der Ernst der Zeit Männern abverlangte, die wussten, dass der

Krieg keine zweiten Versuche zulässt. Dass Guisan persönlich bei den polnischen Internierten beliebt war, hat sich dieses Jahr erneut bestätigt. Bei der Vorbereitung der Guisan-Ausstellung auf Schloss Jegenstorf (noch bis zum 10. Oktober 2010) fanden Peter und Heidi Wieland, das Schlosswartehepaar, in Guisans ehemaligem Arbeitszimmer in einem unscheinbaren, schwer

zugänglichen Wandschrank einen von einem polnischen Internierten gestalteten, dem General gewidmeten Metallschild (in der Jegenstorfer Ausstellung im Wernersaal). Fürwahr: Weiss-Rot und Rot-Weiss sind die Farben einer tiefen Freundschaft zweier freiheitsliebender Völker, für welche viele Namen stehen, keine aber mehr als Bronislaw Prugar-Ketling und Henri Guisan!



## Für eine glaubwürdige Milizarmee, die sich auf die Landesverteidigung konzentriert



STELLUNGNAHME  
VON «PRO LIBERTATE»  
ZUM ARMEEBERICHT 2010;  
ERARBEITET VON PATRICK FREUDIGER  
ANLÄSSLICH DER ANHÖRUNG  
DURCH DAS VBS

• **Milizverträglichkeit:** Das Milizprinzip ist in der Bundesverfassung in Art. 58 Abs. 1 festgeschrieben. Der Schweizer Soldat ist nicht nur Befehls- und Lohnempfänger der Armee, sondern – als Stimmbürger – gleichzeitig auch Kontrollinstanz. So kann ziviles Know-how in die Armee einfließen. Gleichzeitig garantiert das Prinzip «Bürger in Uniform» eine einzigartige demokratische Kontrolle des wirkungsvollsten Sicherheitsinstrumentes des Staates und verhindert teuren Aktivismus. (Weitere) Aushöhlungen des Milizprinzips wie z.B. weitere Reduktionen der Truppenbestände und eine Erhöhung der Durchdieneranzahl sind strikte abzulehnen. Wenn argumentiert wird, aus demographischen Gründen gebe es immer weniger junge Männer, welche noch Dienst leisten, so mag dies zutref-

fen. In diesem Fall ist jedoch nicht ein Abbau der Truppenstärke, sondern eine Erhöhung des Dienstalters zu prüfen.

Zudem ist die Hürde für einen Übertritt in den Zivildienst wieder zu erhöhen. Die explosionsartig gestiegenen Zivildienstgesuche höhlen das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht aus und gefährden letztlich die Verteidigungsfähigkeit des Landes. Die Gewissensprüfung ist wieder einzuführen. Ebenso ist darauf zu achten, dass die Zahl der Dienstauglichen wieder massiv erhöht wird. Allzu viele Leute werden heute auf dem «blauen oder psychiatrischen Weg» von jeglicher Dienstleistung (weder Militär noch Zivildienst) verschont. Wie kann man es sich sonst erklären, dass zum Beispiel das heutige Nationalmannschaftskader fast unisono dienstuntauglich ist? Diese Ungerechtigkeit ist sofort zu beheben. Nicht Dienst zu leisten, muss die Ausnahme sein, und darf nicht durch eine zu large Praxis zu einem Privileg für Militär-Muffel verkommen; heute muss sich beinahe ausgegrenzt fühlen, wer noch Dienst leistet.

Zu einer funktionierenden Milizarmee gehört auch ein freiheitliches Waffenrecht. Die Armeevaffe im Kleiderschrank des Wehrmannes ist Ausdruck des schweizerischen Selbstverständnisses, dass Sicherheit nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern auch Bürgerpflicht ist. Im ausserdienstlichen Schiessen, dem Obligatorischen, werden diese Bürgerpflicht und der verantwortungsvolle

Umgang mit der Waffe regelmässig trainiert. PRO LIBERTATE begrüsst deshalb die ablehnende Haltung des Bundesrates zur links-grünen Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt», welche die Armeevaffe ins Zeughaus verbannen will.

• **Ausbau Nachrichtendienst prüfen:** Zu Recht hält das VBS fest, dass die Bedeutung der rechtzeitigen Lageeinschätzung und Beurteilung der Lageveränderung zunimmt (Antizipation). Gerade bei der Eindämmung terroristischer Anschläge gehört der Nachrichtendienst zu den wichtigsten Sicherheitselementen. Im Gefolge der Fichen-Affäre ist der Nachrichtendienst schmerzlich verkleinert worden. Es ist zu prüfen, ob der Nachrichtendienst in der heutigen Grössenordnung den anspruchsvollen Aufgaben noch gerecht wird, welche Politik und Öffentlichkeit von ihm erwarten. Nötigenfalls ist ein Ausbau zu prüfen.

• **Primat Verteidigung:** Hauptauftrag der Schweizer Armee ist und bleibt die Landesverteidigung. Alles andere wäre mit dem in der Bundesverfassung vorgesehenen Milizprinzip nicht vereinbar. Besonderes Augenmerk ist auf die Schulung der Soldaten für den (Häuser-)Kampf im überbauten Gelände zu legen. Im Rahmen des Demonstrierens militärischer Stärke («show of force») haben auch Panzer ihre Berechtigung bei solchen Einsätzen. Mit aller Deutlichkeit abzulehnen ist die Stossrichtung im VBS-Diskussionspapier vom 26. April 2010. Darin steht geschrieben: «Die Kernlegiti-



■ ■ Unwettereinsatz mit Super Pumas in Engelberg (8'600 Personen und 290 Tonnen Material). ■ ■

Bild: zvg

mation der Armee ist nicht die Befähigung zur Kriegsführung.» Was, wenn nicht die Befähigung zur Kriegsführung, ist dann die Kernlegitimation einer Armee?!

Positiv zu bewerten ist es allerdings, wenn die Armee die zivilen Behörden subsidiär zur Bewältigung von ausserordentlichen Notlagen und Katastrophen-Situationen unterstützt, wenn Letztere überfordert sind.

Die Armee darf zudem nicht zu einer Art Hilfspolizei mutieren, weil für die Kantone Mehrausgaben für Polizeieinheiten politisch nicht machbar sind. Ausdrücklich begrüssen wir deshalb, dass nicht mehr WK-Verbände zum Botschaftsschutz eingesetzt werden. Derartige Bewachungseinsätze belasteten erfahrungsgemäss die Motivation der Truppe. Die WK-Verbände können sich nun vermehrt wieder ihrer eigentlichen Aufgabe, der Repetition des erlernten Militärhandwerks, widmen.

- Auslandeinsätze überdenken: Die Einsätze von Soldaten zur militärischen Friedensförderung haben sich nicht bewährt. Im Kosovo, wo die internationale KFOR z.B. Schutz garantieren sollte, damit Rechtsstaatlichkeit und eine funktionierende Wirtschaft entstehen könnten, florieren der Drogenschmuggel und der Handel mit Prostituierten. Statt der Vorherrschaft des Rechts herrscht

eine Rivalität zwischen Clans um die Vorherrschaft. Im Kosovo ziehen andere Staaten ihr Engagement sukzessive zurück, die Schweiz hingegen hat von Deutschland neue Aufgaben übernommen. Was tun die Schweizer Soldaten noch dort? Der Gemeindepräsident von Malishevo, Ragip Begaj, gab unlängst gegenüber 10vor10 Auskunft: «Wir hatten sehr viele Gastarbeiter in der Schweiz. Die sind jetzt zurück. Viele erhalten eine Schweizer Rente. Die Schweizer Soldaten können ihnen sicher mit den Formularen helfen.» Ebenfalls werfen die jüngst von der Weltwoche aufgedeckten Exzesse der dortigen Soldaten ein schlechtes Licht auf den Militäreinsatz. Bordellbesuche, tätliche Auseinandersetzungen und ausgedehnte Feiern florieren dort, wo den Soldaten eine sinnvolle Beschäftigung fehlt.

Die Schutztruppen sind offenbar ausserstande, das Problem zu lösen. Angesichts der Tatsache, dass sich die Beschaffung neuer Kampffjets zur Wahrung der Lufthoheit in der Schweiz und damit zur Landesverteidigung aus finanziellen Gründen verzögert, kann sich die Schweiz militärische Luxus- und Prestigeprojekte im Ausland nicht mehr länger leisten.

- Das nötige Geld sprechen: PRO LIBERTATE ist bereit, die nötigen

finanziellen Mittel zu sprechen für eine Armee, welche sich auf die Landesverteidigung konzentriert. Notfalls sind die Mittel gegenüber dem heutigen Zustand zu erhöhen, um sich die Kampffjets beschaffen zu können. Sparübungen auf Kosten der Sicherung des Luftraumes oder auf Kosten der Truppenbestände sind abzulehnen; Einsparmöglichkeiten sind gegebenenfalls in der Militärverwaltung zu prüfen.

Das Armeedepartement hat als einziges seit den 90er Jahren seine Ausgaben reduziert. Argumentiert wurde mit dem Hinweis auf die Friedensdividende nach dem Ende des kalten Krieges. Eine erhoffte Epoche des Friedens oder gar das «Ende der Geschichte» (Francis Fukuyama) ist seither jedoch nicht eingetreten. Vielmehr zeigen die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA, die Zugansschläge vom 11. März 2004 in Madrid und die Terroranschläge vom 7. Juli 2005 in London, dass der Westen auf seinem eigenen Territorium jederzeit angegriffen werden kann. Die zunehmende Bildung islamischer Parallelgesellschaften in Europas Grossstädten schafft fruchtbares Territorium für Extremismus und Terrorismus. Die Verletzlichkeit der westlichen Gesellschaften mit ihren hochentwickelten Infrastrukturen, Kernkraftwerken etc. ist hoch. Gegenüber solchen Bedrohungen ist romantische Vorstellung einer internationalen Staatengemeinschaft, welche in geteilter Verantwortung alle Probleme löst, eine trügerische Illusion. Geteilte Verantwortung ist keine Verantwortung; die Staaten müssen ihre Probleme selbst lösen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht mehr vertretbar, die Armee mit Budgetkürzungen zu belasten.



Bild: zvg



## Schandfleck

THOMAS FUCHS,  
PRÄSIDENT SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG PRO LIBERTATE

In Bern kommt die Initiative zum Verkauf des Schandflecks Reitschule zur Abstimmung. Wenn Sie Stadtberner Stimmberechtigte kennen, bewegen Sie diese zu einem wichtigen JA – damit uns künftig solche Bilder von Demonstra-



Bild: zvg

tionen in Berns Innenstadt erspart bleiben. Gleichzeitig gilt es die kantonale Initiative «zäme läbe – zäme stimme» abzulehnen, welche das Ausländerstimmrecht einführen will. Wehret den Anfängen ist auch hier ein gutes Motto.

## Das waren noch Zeiten...



Bild: zvg

**Achtung: Einladung zum Guisan-Gedenkanlass beachten und sich rasch anmelden.**

Referat von Dr. Markus Somm, gemeinsames Mittagessen, Besichtigung Schloss Jegenstorf und geführter Rundgang durch die Guisan-Ausstellung mit Dr. phil. Jürg Stüssi-Lauterburg, Historiker und Buchautor.

Die Bestrebungen von  
**PRO  LIBERTATE**

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert
- Senden Sie mir ..... Expl. «Freier Fels in brauner Brandung» zum Spezialpreis von Franken 26.– (statt Franken 39.–)
- Senden Sie mir ..... Expl. «Schweizer Widerstand gegen Nazi-Deutschland» zum Preis von Franken 49.–

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Datum

Unterschrift

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

5.10

Sie können Spenden  
an PRO LIBERTATE  
auch in **WIR**  
tätigen 

Schweizerische Vereinigung  
PRO LIBERTATE,  
Postfach 587, 3052 Zollikofen  
Spendenkonto 260 773-77

Herzlichen Dank  
für Ihre Unterstützung.

### Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs  
Geschäftsstelle:  
Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,  
Postfach 587, 3052 Zollikofen  
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85  
Internet: [www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)  
E-Mail: [info@prolibertate.ch](mailto:info@prolibertate.ch)  
Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.  
Erscheint 6-8x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.  
Spenden: PC 30-26847-0

### Vorstand

Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz  
Patrick Freudiger (Vize-Präsident), 4900 Langenthal  
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen  
Jürg M. Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen  
Sylvia Lafranchi-Haas, 3006 Bern  
Nathalie D'Addezio, 3006 Bern